

Lieblingslektüre wählen
und Traumferien für
CHF 4'000 gewinnen.

zeitzumlesen.ch

TagesAnzeiger

Durchgehender Uferweg bleibt Illusion

Der Kantonsrat will einen Seeuferweg um den Zürichsee, aber keinesfalls auf Kosten der privaten Seeanstösser. Nun planen linke Kreise bereits eine neue Volksinitiative.

Pascal Unternährer
Redaktor Zürich
@tagesanzeiger 21.10.2013

Umfrage

Befürworten Sie einen durchgehenden Uferweg um den Zürichsee?

Ja

Nein

Abstimmen

1 | 17 [Einen Seeuferweg kann man zum Beispiel mittels eines Stegs realisieren. Bild: wandersite.ch \(17 Bilder\)](#)



«Zürisee für alli» und «Uferwege für alle»: So hiessen die beiden Volksinitiativen von SP respektive EVP. Ziel jeweils: ein möglichst durchgehender Uferweg für Radfahrer und Fussgänger. Als der Kantonsrat beschloss, einen Gegenvorschlag zu formulieren, haben die Initianten ihre Volksbegehren zurückgezogen. Nun hat das Parlament den Gegenvorschlag des Regierungsrats in zwei Schritten verwässert. Und zwar unter grossem Getöse.

Zentraler Punkt ist die Frage der Grundstücksenteignungen privater Seeanstösser. Während der Regierungsvorschlag das Eigentum nicht mehr schützen wollte als die Bundesverfassung (BV), setzte Carmen Walker Späh (FDP), Mitglied der vorberatenden Parlamentskommission, einen klärenden Passus durch. Private Grundstücke dürfen nicht gegen den Willen von Grundeigentümern beansprucht werden – ausser «wenn eine andere Führung des Uferwegs nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist».

Unheilige Allianz drohte

Dieser Zusatz traf in der ersten Lesung des Strassengesetzes am 26. August auf klare Zustimmung. SP-Sprecherin Monika Spring prägte den Satz, sie bevorzuge das Entlein am Ufer vor dem schönen Schwan in der Mitte des Sees. Die SVP aber kündigte an, die Vorlage am Schluss abzulehnen, da sie auf den absoluten Schutz des

Artikel zum Thema

In Wollishofen über das Wasser gehen

Das Verwaltungsgericht hat Beschwerden von Anwohnern gegen den Seesteg zwischen der Roten Fabrik und dem Hafen Wollishofen erneut abgewiesen. Er soll im Frühling 2015 eröffnet werden. [Mehr...](#)
Von Jürg Rohrer 19.07.2013

Klassenkampf um Zürichsee-Uferweg

Das Seilziehen um den Uferweg rund um den Zürichsee ist in vollem Gang. Nun hängt alles davon ab, ob ein FDP-Kompromiss von den Grünen und Grünliberalen getragen wird. Gegner kündigen eine neue Initiative an. [Mehr...](#)

Von Pascal Unternährer 21.10.2013

Die Villen-Lobby poltert gegen den Seeuferweg

Für Ruedi Jeker und seinen Verein Fair ist ein Weg direkt am Seeufer eine Illusion. Davon will er nun den Kantonsrat überzeugen. [Mehr...](#)

Von Ev Manz 20.01.2013

Eigentums pocht. Und Grüne wie Grünliberale äusserten aus Gleichheitsgedanken Bedenken. Der Walker-Passus schütze die Villenbesitzer am See besser als alle anderen Landeigentümer, kritisierten sie. Diese Eigentümer müssten stets befürchten, enteignet zu werden, wenn Strassen oder Bahnlinien gebaut würden. Denn die BV erlaubt Enteignungen, wenn das öffentliche Interesse überwiegt.

In der Folge beschlossen nach der SVP auch die Grünliberalen und die Grünen, den Kommissionsvorschlag abzulehnen. Darauf schloss sich auch die SP dem Nein-Lager an – eine klassische unheilige Allianz. Der Entwurf war tot. Dann meldete sich die SVP mit einem neuen Vorschlag. «Gegen den Willen der Eigentümerinnen und Eigentümer dürfen private Grundstücke für die Erstellung von Uferwegen weder enteignet noch anderweitig beansprucht werden», lautete ihr Text.

Die SVP setzt sich durch

FDP, BDP und EDU applaudierten. Doch damit war die Vorlage noch nicht mehrheitsfähig. Es fehlte die CVP. Diese lehnte den SVP-Vorschlag zuerst ab, lenkte aber kurz darauf ein. Heute Morgen dann der definitive Durchbruch in der zweiten Gesetzeslesung: Der Kantonsrat verhalf dem SVP-Passus mit 92 zu 76 Stimmen zu einer Mehrheit.

«Das kleine Entlein hat sich als äusserst hässlich entpuppt», kommentierte SP-Rednerin Spring. Die bürgerliche Mehrheit wolle den Seeuferweg mit allen Mitteln verhindern, sagte sie und zitierte den Gleichheitsartikel der Bundesverfassung. «Nun sollen im Kanton Zürich einige wenige Menschen gleicher sein», sagte Spring. Auch Edith Häusler (Grüne) geisselte die Sonderbehandlung der Seeanstösser. Der Schutz der Eigentümer durch die BV genüge. «Wenn Sie den Satz am Anfang des ganzen Strassengesetzes schreiben würden, wären wir dabei», sagte Robert Brunner (Grüne). Denn dann könnten keine neuen Strassen gebaut werden. «Es braucht die Drohung der Enteignung, um gute Lösungen zu finden», kommentierte Thomas Wirth (GLP). Nun werde der Kanton in Sachen Uferwege so handlungsunfähig wie der UNO-Sicherheitsrat mit dem Vetorecht für jedes einzelne Mitglied.

Scherbenaufen verhindern

Josef Wiederkehr (CVP) verteidigte das Umschwenken seiner Partei damit, dass ansonsten ein Scherbenaufen drohte. Man solle den Blick aufs Ganze nicht vergessen. Doch auch Wiederkehr meldete Zweifel an, ob der SVP-Passus übergeordnetem Recht genüge. Markus Schaaf (EVP) kommentierte die Irrungen und Wirrungen zum Thema so: «Ich erwartete, dass der Papst heute kommt, denn er hat ja gesagt, er wolle dorthin gehen, wo das Elend am grössten ist.» Maliziös fragte Schaaf die SVP, ob sie auch gegen Enteignungen sei, wenn es um die Umfahrung Egglisau gehe.

Rico Brazerol (BDP) meinte spöttisch, ein Kompromiss sei wohl dies: Alle erhielten etwas, das sie nicht wollten. Gabriela Winkler (FDP) betonte, auch mit dem neuen Text seien Enteignungen möglich, wenn öffentliches Interesse überwiege. «Allerdings bezweifle ich, dass ein durchgehender Uferweg von höherem öffentlichen Interesse ist.» Parteikollegin Walker Späh sekundierte: «Eine Schiene oder Strasse oder ein Radweg ist nicht dasselbe wie ein Seeuferweg.» Nun müsse sich der Kanton daran machen, den Richtplan zu ändern, forderte Winkler. Denn darin ist der Seeuferweg seit langem eingetragen.

«Jetzt haben wir eine Seeuferverhinderungsvorlage»

Julia Gerber Rüegg (SP), die zu den Initianten von «Zürisee für alli» gehörte, sagte schliesslich an die Adresse der Bürgerlichen: «Sie wollen der Bevölkerung das Recht stehlen, zum See zu gehen.» Und zwar obwohl sowohl in der Bundes- wie der Kantonsverfassung steht, dass der Zugang zu Gewässern erleichtert werden muss. Martin Geilinger (Grüne) sorgte sich grundsätzlich um die Volksrechte. Zwei Volksinitiativen sei mit einem Gegenvorschlag begegnet worden, der immer schärfer formuliert worden sei, sodass er zum Gegenteil der Initiativen mutiert sei. «Jetzt haben wir eine Seeuferverhinderungsvorlage», meinte er pointiert.

Das Ressort Zürich auf Twitter

Das Zürich-Team der Redaktion versorgt Sie hier mit Nachrichten aus Stadt und Kanton.

@tagi folgen

Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP) kritisierte, das Parlament gehe nun «mit dem Zweihänder gegen ein Weglein um den Zürichsee» vor. Es sei nie die Meinung gewesen, Seeanstösser zu enteignen, um sofort um den See radeln oder joggen zu können. Man wolle dort, wo es möglich sei, der Bevölkerung Zugang zum See ermöglichen, sagte Stocker und verhehlte nicht, dass es auch eine Geldfrage ist. «Das Volk will keine Millionenprozesse des Staates», sagte er.

Neue Initiative angekündigt

Das Gesetz geht nun in eine dritte Lesung, wobei materiell nichts mehr verändert werden kann. Neben der Enteignungsfrage hatten auch das Geld und die Beteiligung der Gemeinden zu reden gegeben. Gemäss Vorlage hat der Kanton jährlich 6 Millionen Franken in Uferwege von Seen und Flüssen zu investieren, davon 4 Millionen um den Zürichsee. Zudem müssen sich die Gemeinden an der konkreten Realisierung finanziell beteiligen.

Gerber Rüegg kündigte am Rand der Sitzung an, eine neue Volksinitiative zu lancieren. Inhalt: die Umsetzungsvorlage der Regierung. Also ohne Spezialpassus gegen Enteignungen. Die entscheidenden Gremien würden am 29. Oktober über die Lancierung befinden.

Jeker eher gegen Referendum

Ob Sympathisanten der Initiative auch das Referendum gegen die Kantonsratsvorlage ergreifen werden, liess Gerber Rüegg offen. Da das konstruktive Referendum abgeschafft wurde, ist es nicht mehr möglich, einen Alternativvorschlag vors Volk zu bringen. Es braucht eine neue Volksinitiative.

Der Verein Fair von Alt-Regierungsrat Ruedi Jeker (FDP), der bisher Sturm lief gegen die Initiativen und Umsetzungsvorschläge, wird das Referendum nach den jüngsten Umwälzungen wohl nicht ergreifen. «Fraglich, eher nein», sagte Jeker auf Anfrage von [Tagesanzeiger.ch/Newsnet](https://www.tagesanzeiger.ch/Newsnet). Zentral ist für ihn nun, dass der kantonale und die regionalen Richtpläne revidiert werden. Die Seeuferwege sollen so geführt werden, dass keine Enteignungen nötig sind.

([Tagesanzeiger.ch/Newsnet](https://www.tagesanzeiger.ch/Newsnet))

Erstellt: 21.10.2013, 12:20 Uhr